

ARNOLD SCHÖLZEL

## Eine Episode aus dem Beginn des laufenden Vereinigungskrieges

In der Kladde, in der ich im Winter 1989/90 Vorträge mitschrieb oder Notizen von Beratungen festhielt, liegt zwischen Aufzeichnungen vom Dezember 1989 eine kleiner Zettel, auf dem in Maschinenschrift steht: »Donnerstag, 10.00 Uhr / Gespräch bei Gen. Höpcke / Zimmer 2112«. In diesem Gespräch sollte ich offiziell die Aufgabe übernehmen, als ehrenamtlicher Chefredakteur eine theoretische Zeitschrift der SED/PDS, wie die Partei seit dem 10. Dezember 1989 hieß, aufzubauen.

Wann dieses Gespräch stattgefunden hat, läßt sich in meinen Unterlagen nicht mehr genau feststellen, vermutlich war es der 14. Dezember 1989. Zustandegekommen war es auf Vermittlung von Michael Brie, der ebenso wie ich seit Jahren an der Sektion marxistisch-leninistische Philosophie der Humboldt-Universität arbeitete. Er hatte mich nach meiner Erinnerung zwischen Tür und Angel gefragt, ob ich nicht Lust hätte, die Leitung einer solchen Zeitschrift zu übernehmen, und den Kontakt zu Klaus Höpcke, dem zuständigen Mitglied des Parteivorstandes, herzustellen.

Das »Zimmer 2112« befand sich im Gebäude des früheren Zentralkomitees der SED – ehemals das Arbeitszimmer eines Politbüromitglieds. Klaus Höpcke und ich verständigten uns kurz über das, was zu tun war. Die Zeitschrift sollte ein Forum für theoretische Debatten der europäischen Linken sein, ein ehrenamtliches Gremium von Wissenschaftlern das Profil bestimmen. Von der Redaktion der »Einheit«, die noch im selben Haus untergebracht war, sollte die technische Basis übernommen, aber die Anzahl der Mitarbeiter – es waren wohl ursprünglich 24 – stark reduziert werden. Es zeichnete sich bereits ab, daß die Mehrheit der über 2,3 Millionen SED-Mitglieder aus der umbenannten Partei austreten würde und die Finanzierung der Zeitschrift unsicher war. Wir waren uns einig, daß die Zeitschrift möglichst unabhängig von Parteivorstand und Parteiapparat arbeiten sollte. Mit dem Chefredakteur der »Einheit«, Manfred Banaschak, der in Rente ging, verabredeten wir, daß im Januar nach dem Weihnachtsurlaub eine Übergabe stattfinden sollte.

In den nächsten Tagen kümmerte ich mich nicht weiter um die Zeitschrift, sondern mehr um meine familiären Pflichten – unsere Kinder waren fünf bzw. drei Jahre alt und meine Frau auf Dienstreise in der Sowjetunion. Die Lehrverpflichtungen waren in den Wochen zuvor gewachsen. Aus verschiedensten Einrichtungen gab es Anfragen nach Vorlesungsreihen über »neuste« Philosophie,

Arnold Schölzel – Jg. 1947, Promovierter Philosophiehistoriker, Berlin. Seit 1990 Mitarbeit in der Redaktion.

meine laufenden Vorlesungen und Seminare an der eigenen Sektion und an der Sektion Theologie mußten gehalten werden. Mein Kalender verzeichnet Vorlesungen an der Musikhochschule, an der Hochschule für Ökonomie und anderswo. Dazu kam die Teilnahme an der Ringvorlesung im Rahmen des »Sozialismus«-Projektes, das vor allem von Dieter Klein und Michael Brie an der Humboldt-Universität getragen wurde. Außerdem entstanden verschiedene Editionsprojekte zur Geschichte der Philosophie, an die früher schon wegen Papiermangel nicht zu denken war. Es war ein Winter der Projekte: Der arbeitsteilige Krakeel von Bürgerrechtlern und bundesdeutschen Medien beherrschte zwar die innenpolitische Szene, aber noch war unbekannt und für die meisten unvorstellbar, daß Gorbatschow und Bush die Übergabe der DDR an die NATO in Malta in großen Zügen bereits abgesprochen hatten.

Es kam jedoch bereits im Dezember zu einem Ereignis, das mir deutlich machte, welche Schwierigkeiten auf jene in der DDR zukommen würden, die an einer sozialistischen bzw. marxistischen Konzeption festhalten wollten. Am 19. Dezember nahm ich zusammen mit Kollegen der Akademie für Gesellschaftswissenschaften an einer Veranstaltung des Instituts für Soziologie an der Freien Universität teil, die von den dortigen DDR-Forschern durchgeführt wurde. Wie sich herausstellte, interessierten sie sich vor allem für das »Sozialismus«-Projekt an der Humboldt-Universität, über das ich Auskunft gab, soweit ich informiert und einbezogen war. Die Westberliner Wissenschaftler analysierten, so entnehme ich meinen Aufzeichnungen, aus ihrer Sicht die Situation von DDR und SED/PDS. So bezeichnete es Professor Glaeßner als strategischen Fehler, daß sich die Partei auf dem Parteitag am 9./10. Dezember nicht gespalten habe bzw. keinen institutionellen Bruch mit der SED vollzogen habe. Was man sich unter demokratischem Sozialismus vorstelle, sei nicht formuliert worden. Dr. Zimmermann konstatierte, daß der Parteitag die innere Situation der DDR nicht verändert habe, das Mißtrauen der Gesellschaft gegenüber der Partei sei geblieben. In allen Bereichen der Gesellschaft vollzögen sich Erosionsprozesse und gleichzeitig Neuformierungen zahlreicher Organisationen. Die Blockparteien blieben dabei im Windschatten der Kritik an der SED. Der Staatsapparat sei funktionsunfähig, wobei Hans Modrow als Ministerpräsident ein »Glücksfall« sei. Allerdings sei das Fehlen der Legitimität des Staates auch durch den Runden Tisch nicht kompensiert worden. Wichtig sei es, möglichst schnell zu Wahlen und damit zu Entscheidungen zu kommen. Er wies darauf hin, daß die Austrittswelle aus SED und FDGB am stärksten unter den Arbeitern sei. Als Problem hielt er fest, daß in der DDR eine politische Rechte fehle, die in ein Parteienspektrum eingebunden sei. Die Volksbewegung in der DDR habe schließlich eine starke antikommunistische Komponente. Er plädiere dafür, eine »DDR-Eigentümlichkeit« zu erhalten wie z. B. den dort gängigen Begriff von sozialer Gerechtigkeit, der Einkommen aus Kapital nicht einschließe.

Es war eine Variante von DDR-Analyse und -Forschung, die ihre beste Zeit in den Jahren der Entspannungspolitik hatte. Im Zuge der Neueröffnung des Kalten Krieges gegen die DDR nach

1990 sollte sie rasch ihre Basis verlieren und hinter jenem Getöse von »Totalitarismus« und »Unrechtsstaat« verschwinden, das weitgehend an die Stelle seriöser Forschung getreten ist. Um die Jahreswende 1989/90 hatten diese Spielmarken noch keine rechte Konjunktur. Die Entwicklung in der DDR, die Reaktion des Staates und seiner Einrichtungen auf die Volksbewegung Richtung deutsche Einheit, stand offenbar in zu starkem Kontrast zur Realität. Die DDR benahm sich nach der Protestwelle gegen Demonstranten im Oktober einfach nicht wie ein herkömmlicher Polizeistaat – vermutlich einer der Gründe, warum diese Phase der DDR-Geschichte in der herrschenden Geschichtsschreibung ganz ausgeblendet oder nicht auch als Resultat der vorangegangenen 40 Jahre DDR-Geschichte untersucht wird. Das Entsetzen über den friedlichen Verlauf der Ereignisse hält bekanntlich im westlichen Teil der heutigen Bundesrepublik an, wie dem SF-Spektakel Guido Knopps im ZDF über die Auslösung eines Atomkrieges durch ballerende DDR-Grenzer im SS-Outfit Anfang Dezember 1998 zu entnehmen ist.

Veranstaltungen wie die in Dahlem, in denen in ruhiger, aber entschiedener Weise diskutiert wurde, mißfielen dort schon damals. Nach meiner Rückkehr aus dem Urlaub erfuhr ich, daß im »Tagespiegel« ein merkwürdiger Bericht über die Veranstaltung und ein geharnischter Leserbrief dazu veröffentlicht worden seien. Der Artikel stellte mich als Mitträger des »Sozialismus«-Projektes vor und bezog sich u. a. auf das von mir Gesagte. Das veranlaßte den Mitarbeiter eines DDR-Akademie-Institutes, der Zeitung mitzuteilen, daß ich mit dem Projekt nichts zu tun habe und ansonsten als Vertreter eines Hardcore-Marxismus-Leninismus anzusehen und als solcher berüchtigt sei.

Früh färbte sich so, was ein DDR-Einschwärzer werden wollte. Ich teilte dem Herrn, der mir bis dahin trotz langer Bekanntschaft aus der Arbeit im Bereich Geschichte der Philosophie seine Ansichten über meine Tätigkeit nie mitgeteilt hatte, meine Verwunderung über seine Aufführung telefonisch mit und auch meine Ahnung, daß seine Methode »wissenschaftlicher« Auseinandersetzung, sollte sie sich verbreiten, für die Zukunft Übles ahnen ließ. Er hat seither diese Prognose glänzend bestätigt. Das Bemühen, in der neuen Hackordnung rechtzeitig auf einem der besseren Plätze anzukommen, beherrschte weitgehend auch den Betrieb an der Universität. Über jenen Kollegen, der nach ca. 40 Jahren in der SED und verschiedenen Funktionen in der Kampfgruppe im Dezember auf einer Parteiversammlung erklärt hatte, im Grunde sei er schon immer Sozialdemokrat gewesen, hatte ich noch gelacht. Der Anwurf in der West-Gazette, die im Bewußtsein vieler an die Stelle der DDR-üblichen Petzinstanzen getreten war, schien vor allem peinlich. Daß diese Peinlichkeit Hebel der quantitativ größten Wissenschaftlerverdrängung in der Geschichte werden sollte, war noch nicht absehbar.

Der letzte Schritt folgte dann sehr schnell: Der amtierende Sektionsdirektor, ebenfalls einige Jahrzehnte Mitglied der SED, trat an mich heran mit der Aufforderung, die Chefredaktion der Zeitschrift nicht zu übernehmen. Es sei nicht gut für die Sektion,

wenn es zu einer solchen Verbindung komme. Ich verstand den sozial feinfühlig vorgetragenen Hinweis gut und erklärte, daß sich schon eine Lösung finden werde.

Zunächst traf ich mich mit Manfred Banaschak, um die Übergabe der Redaktionsgeschäfte in die Wege zu leiten, lernte die verbliebenen Redaktionsmitarbeiter kennen und knüpfte Kontakte, um das neue Redaktionskollegium zu bilden, konsultierte mich erneut mit Klaus Höpcke: Ich würde einen neuen Chefredakteur gewinnen, aber im neuen Redaktionskollegium mitarbeiten. Inzwischen war bereits offen, ob es die Zeitschrift überhaupt geben würde. Die Entscheidung darüber sollte erst nach den Volkskammerwahlen am 18. März fallen, wenn klar war, was aus der PDS werden würde. Bis dahin sollten der neue Name der Zeitschrift gefunden sein und das Konzept stehen.

Auf dem Soziologie-Kongreß der DDR, der vom 6. bis zum 8. Februar in Berlin tagte, kamen Helmut Steiner und ich überein, daß er die Leitung der Zeitschrift übernehmen würde. So geschah es dann auch.